
UVB kritisiert Senats-Handeln beim Enteignungs-Volksbegehren

23.07.20 | Berlin

UVB kritisiert Senats-Handeln beim Enteignungs-Volksbegehren

Christian Amsinck: "Ein weiterer Schlag ins Kontor für den Standort Berlin"

„Der Senat hat offenbar in der Wohnungspolitik den Kompass völlig verloren. Für uns ist es vollkommen unverständlich, dass der Senat bei einem derart wirtschafts- und standortfeindlichen Ansinnen wie der Enteignungs-Initiative auch noch Geburtshilfe leistet." Mit diesen Worten kommentiert UVB-Hauptgeschäftsführer Christian Amsinck [Berichte, wonach sich der Senat und die Initiatoren über das Volksbegehren abgestimmt haben.](#)

Es drohen weitere juristische Großkonflikte

"In der tiefsten Krise seit Jahrzehnten sollte die Politik alle Kraft darauf richten, sich gemeinsam mit allen Akteuren am Wohnungsmarkt um mehr bezahlbaren Wohnraum zu kümmern", befand Amsinck weiter. "Stattdessen setzt der Senat weiter auf Konfrontation. Sollte das Volksbegehren angenommen werden, drohen der Hauptstadt weitere juristische Großkonflikte."

Er warnte, dass die Debatte für das Ansehen des Standorts Berlin ein weiterer Schlag ins Kontor sei. "Schon der verfassungsrechtlich höchst fragwürdige Mietendeckel hat deutlich negative Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt. Der Neubau bleibt klar hinter dem Bedarf der weiterhin wachsenden Stadt zurück. Drohende Enteignungen werden Investoren zusätzlich verunsichern."

Als Ergebnis befürchte die UVB, dass noch weniger zusätzlicher Wohnraum entsteht. "Das schadet der Hauptstadt insgesamt, denn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind dringend auf eine Entspannung des Wohnungsmarktes angewiesen", erklärte der Hauptgeschäftsführer.

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- [Auf Xing teilen](#)
- [Auf Facebook teilen](#)
- [Auf X teilen](#)
- [Auf LinkedIn teilen](#)

- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

Ihr Ansprechpartner zum Thema Wirtschaftspolitik

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer

Sven

Weickert

Telefon:
+49 30 31005-141

Telefax:
+49 30 31005-240

E-Mail:
Weickert [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:

Broenstrup [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)